

Experten

Attila Kiraly

GTZ ist jetzt die GIZ – Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“, ist oben auf der Webseite zu lesen. Und weiter: „Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH bündelt seit Januar 2011 die Kompetenzen und langjährigen Erfahrungen des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) gGmbH, der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH und der Inwent – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.giz.de.“ Jenseits der trockenen Bürosprache heißt dies, Minister Niebel hat die Einrichtungen der deutschen „Entwicklungszusammenarbeit“ (EZ) wie angekündigt zusammengelegt. Ob tatsächlich „Bürokratieabbau“ erfolgt, Verwaltungsausgaben gekürzt werden und am Ende ein höherer Prozentsatz der EZ-Gelder in den Ländern des Südens ankommt, ist fraglich. Eines ist jedoch sicher: Der Minister will sich den direkteren Zugriff auf diese Einrichtungen sichern, um sie effektiver für die operativen Zwecke der deutschen Außenpolitik zu nutzen. Wie schon im Koalitionsvertrag dieser Bundesregierung nachzulesen ist, ergeben sich die Zwecke der deutschen EZ nicht länger aus den Nöten der Empfängerländer, was in der Vergangenheit zumindest in Ansätzen so war, sondern aus den Zielen und Absichten der deutschen Außenpolitik.

Dazu bedarf es eines veränderten Personals, nicht mehr nur des altruistischen „Entwicklungshelfers“, der in die Dörfer kommt und beim Brunnenbau und der Errichtung von Arztstationen hilft. So gibt es gleich nach Eröffnung der Webseite das Angebot „Berater im Risikomanagement“. Das klingt, als würde die Bank einen suchen, der gut betuchte Anleger beraten soll, welche Wertpapiere gerade gefahrlos hohe Rendite versprechen. Dieser Schein trägt. Einsatzland ist Afghanistan. Zum Tätigkeitsfeld heißt es: „Das Risikomanagementsystem für die deutschen Durchführungsorganisationen GIZ und KfW in Afghanistan soll die Risiken minimieren, denen ihre Beschäftigten in ihrem Umfeld ausgesetzt sind.“ Im Klartext: Da der Krieg in Afghanistan für die zivilen „Entwicklungshelfer“ sichtlich gewachsene Gefahren mit sich gebracht hat, will die Bundesregierung Spezialisten heranziehen, die als Experten für „die Sicherheit“ herausgehen. Laut Beschreibung soll das Tätigkeitsfeld auf Dauer gestellt sein. Das

heißt: Entweder bleibt die Bundeswehr dort doch länger, als gegenwärtig öffentlich gesagt wird, oder es handelt sich um paramilitärische Spezialkräfte, die sicherheitsmäßig an deren Stelle treten und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unterstehen, nicht dem für Verteidigung.

Das Aufgabenfeld umfasst „alle Aspekte des täglichen operativen Sicherheitsmanagements in einem von Gewalt geprägten Umfeld einschließlich Notfallszenarien“. In direkter Ansprache der Bewerber heißt es: „Darüber hinaus halten Sie Kontakt zu einer Vielzahl von Akteuren, darunter Ihre Zielgruppe, lokale und nationale Behörden sowie internationale staatliche und nichtstaatliche Akteure und militärische Streitkräfte.“ Gesucht wird also ein neuartiges Personal der „vernetzten Sicherheit“. Zu dieser heißt es in der einschlägigen Literatur: „Die Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts sind transnational und asymmetrisch. Sie resultieren aus unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, technologischen und ökologischen Entwicklungen. Die damit verbundenen Herausforderungen verlangen nach vernetzten Antworten, die ressort-, sektoren- und länderübergreifend vorbereitet, umgesetzt und weiterentwickelt werden“ (www.vernetzte-sicherheit.net). Und weiter: „Der damit verbundene Reformbedarf ist grundlegender Natur und betrifft Doktrin, Organisation, Training, Ausrüstung, Personal und Einrichtung aller Sicherheitskräfte. Darüber hinaus gewinnen neue Formen der Zusammenarbeit mit Partnern wie den nichtstaatlichen Akteuren und der Wirtschaft an Bedeutung.“ In der Schlussphase des Kalten Krieges wurde davon gesprochen, dass Sicherheit breit diskutiert werden muss, nicht nur das Militärische umfasst, sondern auch von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Faktoren abhängt.

In diesem Sinne hieß es in den vergangenen zwei Jahrzehnten zur EZ, es gebe keine Entwicklung ohne Frieden. Daraus wurde abgeleitet, man müsse Soldaten nach Afghanistan schicken, um Entwicklungsperspektiven zu sichern. Dann wurde dies abgewandelt: „Ohne Sicherheit keine Entwicklung“. Mit dem Scheitern des Krieges wurde daraus: „Ohne Entwicklung keine Sicherheit“. So ist EZ dem Primat der Versicherheitlichung unterstellt; der Frieden als Ziel ist verschwunden und die EZ wird zur Funktion der „Sicherheit Deutschlands“, die am Hindukusch verteidigt wird. Und dafür sucht das BMZ jetzt das passende Personal. 🌐